

zu bestehen. Der erste Modifikations habe den Interessen des Landes widersprochen. Der neue Modifikations sei auf Grundlage des Jettus und des Prinzips der Interessenvertretung einzuberufen, seine Kompetenz auf die einer gelegentlichen Verammlung einzuführen. In allen Verwaltungsgebieten seien dem Schatz Angehörige kleinerer europäischer Staaten als Mitglieder anzuschließen. Nach Ansicht der russischen Regierung müßten die Reformen auf bringende Maßregeln Auslands und Englands hin durchgeführt werden.

Mexiko. Frankreich und Spanien unternehmen gegenwärtig Schritte bei den Signatarmächten von Mexiko, um ihre Zustimmung zur Verlängerung der Abgrenzung zur Unterdrückung des Waffenstillstandes an den maroffanischen Küsten auf 1 Jahr zu erlangen.

Japan. Zur auswärtigen Politik Japans erklärten der Finanzminister Marquis Kato, der Minister des Auswärtigen Baron Komura und der Kriegsminister Yamamoto in der Beantwortung von Anfragen, betreffend die Eingrenzung der japanischen Nützlichkeiten, daß die Beziehungen Japans zu den anderen Großmächten sich verbessert hätten, daß die Eingrenzkungen völlig gerechtfertigt seien. Baron Komura erklärte, daß Japan an die Aufrichtigkeit der amerikanischen Regierung glaube. Er sei nicht der Ansicht, daß die in Aussicht genommene antijapanische Gesetzgebung in Kalifornien die amerikanisch-japanischen Beziehungen tragend beeinflussen werde.

Südamerika. Der Streit zwischen Chile und Peru wegen der Provinzen Tacna und Arica dürfte sobald noch nicht erledigt werden, da der chilenische Gesandte Solano unerrückter Sache aus Peru zurückgekehrt ist. Hier hält man eine freundschaftliche Einigung angesichts der Haltung Perus für schwierig.

Nordamerika. Die amerikanisch-ländliche Fischeinfuhr wird vorläufig abgelehrt. Die amerikanische Regierung hat sich für einen Schlichter in Sachen des Fischeinfuhrstreites auf einen totalen Punkt angefangen infolge der Salbung des Premierministers von Kanada, der verlangt, daß alle Forderungen Neufundlands in dem Vertrag berücksichtigt, daß aber die amerikanischen Forderungen wegen einer Gerechtigkeit von Neufundland den Deutschen Gerichtshof von Neufundland unterbreitet werden sollen. Schließlich beschloß die Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika, England und Kanada die Streitfrage, betreffend die Fischei in den Gewässern von Neufundland, dem Haager Schlichtergerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten.

Deutschland.

Berlin, 27. Jan. Dienstagabend fand im königlichen Schloß zu Berlin bei Ihrer Majestät Tafel statt, an der sämtliche bisher in Berlin im großen Saalteil teilnahmen. — Der Kaiser hat dem Fürsten Leopold zur Spitze des Großkreuz des roten Adlersorden verliehen.

— Kaiser Wilhelm und der Prinzregent von Bayern. Der Prinzregent von Bayern, welcher Dienstagabend aus Verhörsgebühren nach München zurückkehrte, sandte noch von Verhörsgebühren aus an Kaiser Wilhelm folgendes Telegramm: „Wenn ich mir auch zu meinem liebsten Bedauern verlagern muß, Dir meine Gratulation zum 50. Geburtstage persönlich darzubringen, nehme ich doch nicht minder herzlich Anteil an der Kundgebung der deutschen Bundesfürsten, die sich zur Geburtsfeier bei Dir verarmen, um ihrer treuen Verehrung für Dich würdevollen Ausdruck zu geben. Von Herzen schicke ich mich darum den Gefühlen und den aufrichtigen Wünschen an, die mein Sohn Ludwig gemeinsam mit den Bundesfürsten Dir morgen mündlich auszusprechen wird. Ludwig.“ Der Kaiser erwiderte: „Ich danke Dir innig für Deine freundlichen Glückwünsche zu meinem morgigen Geburtstag und die Entsendung Deines Sohnes Ludwig, dessen Besuch uns sehr angenehm ist. Auch ich bedauere lebhaft, Dich als verehrten Mentor der deutschen Bundesfürsten morgen nicht persönlich begrüßen zu können und wünsche Dir von Herzen eine recht gute Erholung in dem schönen Verhörsgebühren Wilhelm.“

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt aus Anlaß des 50. Geburtstages des Kaisers und Königs: „Die Regierungszeit des Kaisers hat Beweise in großer Zahl für die Richtigkeit der Auffassung erbracht, daß der Herrscher durch die vorhandenen verfassungsmäßigen Schranken nicht gehemmt ist, auf das öffentliche Leben der Nation einen tiefgreifenden Einfluß auszuüben. In seiner Richtung ist dies klarer zu erkennen als in der Frage der Stellung unseres Volkes zur Segelung Deutschlands. Noch fernere Geschlechter werden Kaiser Wilhelm II. als den Schöpfer unserer Kriegsmarine rühmend, die gleich unserem Heere als Schutz und Wehr für Deutschlands Unabhängigkeit und Mite dienen soll. Niemand wagt mehr, dem Kaiser das Verlangen nach einem Kriegszug nachzusagen. Heer und Heeresleistungen sind niemals als Werkzeuge des Ehrgeizes, sondern stets als Mittel zur Erhaltung des Friedens ausgebildet und gepflegt worden. Auf sie gestützt, vermochte der Kaiser den Frieden zu wahren und jeden Angriff auf die Lebensinteressen und die Ehre unserer Nation zu verhindern. Unter dem Schutze des Friedens sind Wohlstand und Kultur unseres Volkes während der Regierung Kaiser Wilhelms, alle Erwartungen übersteigend, rasch emporgestiegen. Ungeachtet mancher Enttäuschungen und bitterer Erfahrungen, die dem Kaiser in

seinem hohen Streben nicht erspart geblieben sind, vermag der Herrscher auf sein Wissen mit dem Bewußtsein zurückzuführen, stets das Beste gewollt und in vielen Beziehungen Großes erreicht zu haben. Wir verehren in unserem Herrscher nicht nur das Oberhaupt des Reiches, sondern auch den König und Landesherren, der in seiner ersten Thronrede an den preussischen Landtag das Wort Friedrichs des Großen, daß in Preußen der König des Staates erster Diener sei, auch für sich in Anspruch nahm.“

— (Der Kaiser und der Reichsfanzler.) In einem längeren Artikel schreibt der Berliner Korrespondent der „Münch. Neuest. Nachr.“ seinem Blatte unter anderem: „Was man von gut unterrichteten Leuten über die Beziehungen zwischen Kaiser und Fanzler hört, deutet auf glatte Erledigung der Geschäfte. Der Kaiser legt sich eine ernste und würdige Zurückhaltung auf, sein Wort, daß er dem Reichsfanzler sein Vertrauen bewahrt, ist fest und treu.“

— (Die Kompromißvorschläge der preussischen Steuerkommission) erwecken im Lande vielfach lebhaften Widerspruch, wie der Objektivität halber hier erwähnt sei. Auch freisinnige Blätter, insbesondere solche der Volkspartei, wenden sich mit Schärfe gegen das Verabreichen der Steuererhöhung bis auf die Steuerstufe von 1200 Mk. So schreibt beispielsweise der „Votenausdruck“ in Hirschberg:

„Der langen Rede kurzer Sinn: die 55 Millionen, deren Deckung die Regierung den wohlhabenden Kreisen zugebacht hatte, sollen, wenn es nach den Wünschen der Mehrheit des Dreiklassenparlamentes geht, in der Hauptstadt von den Steuerzahlern mit kleinem und mittlerem Einkommen aufgebracht werden. Selbst die bestehenden Einkünfte von 1200 Mk. sollen nicht geschont werden. Die große Masse der Bevölkerung, die für das Reich gerade wieder gewaltige Opfer bringen soll, die für die Lebensgaben- und Zollpolitik des Großgrundbesitzes jahrelang jahreslang verbluten muß, soll nun auch in Preußen wieder der Steuern ein Ende machen. Dagegen gilt es bei Zeiten mit aller Deutlichkeit Einspruch zu erheben.“

Und der „Viegnitzer Anzeiger“, gleichfalls ein Organ der freisinnigen Volkspartei, läßt sich wie folgt vernehmen:

„Wir halten diesen Beschluß der Budgetkommission für durchaus unzulässig und mittelstandesfeindlich. Man muß doch bedenken, daß gerade die Leute mit Einkommen von 1200 Mk. bis zu 3000, 4000, 5000 Mk. augenblicklich schon jenseits sehr schwer zu ringen haben. Alle Lebensmittel sind teurer geworden, alle anderen Bedarfsartikel infolgedessen ebenfalls und schon drohen neue 500 Millionen neue Reichsteuern. Dazu kommen in fast allen Städten frästige Erhöhungen der Kommunalsteuern. Und jetzt trifft den Steuerzahler von kleinem und mittlerem Einkommen der dritte Schlag: auch seine Staatseinkommensteuer soll erhöht werden. Ist das Sozialpolitik? Ist das Mittelstandspolitik? Die Entlastung, die in unserem Verlehrsreise darüber herrscht, halten wir für völlig berechtigt und wir können nur ernstlich wünschen, daß das Plenum des Landtages den Fehler seiner Kommission wieder gutmacht.“

— (Dem weimarischen Landtag) wird, wie die „Eisenacher Tagespost“ als zuverlässiger Quelle erfahren hat, ein neues Landtagswahlgesetz mit dem allgemeinen gleichen und direkten Wahlverfahren bestimmt noch in dieser Session vorgelegt werden. Das neue Gesetz liegt im Ministerium des Innern bereits fertig vor und bedarf nur noch der Durchberatung durch das Gesamtministerium.

— Die neue Reichsversicherungsordnung, deren einzelne Abschnitte vom Reichsamt des Innern während der letzten Monate bereits dem preussischen Staatsministerium und den außerpreussischen Regierungen zugestellt wurden, ist nunmehr zu einer einheitlichen, 1739 Paragraphen umfassenden Vorlage umgearbeitet. Man hofft, daß der Gesetzentwurf vom preussischen Staatsministerium bis Anfang Februar und dann vom Bundesrat in den nächsten Wochen durchberaten werden kann. Wie die „Köln. Ztg.“ bemerkt, muß der Entwurf auf alle Fälle noch vor Ostern dem Reichstag zugehen, damit der Vorschritt im § 15 des Zolltarifgesetzes hinsichtlich der Witwen- und Waisenerziehung Geltung findet. — So unbedingt notwendig ist das aus dem angeführten Grunde nun wohl nicht, denn der § 15 des Zolltarifgesetzes verlangt nur eine Regelung der Arbeiterrentenversicherung spätestens zum 1. Januar 1910.

— (Die Novelle zum Bankgesetz) hat in den Beratungen des Bundesrates wesentliche Änderungen nicht erfahren. Sie wird mit dem Reichstage im wesentlichen in der bereits früher gemeldeten Form zugehen und als wichtigste Bestimmungen die Verstärkung des Reservefonds der Reichsbank, die Erhöhung des steuerfreien Notenfontanges und die gesetzliche Haftkraft der Reichsbanknoten,

selbstverständlich unter voller Aufrechterhaltung der Einlösungspflicht der Reichsbank enthalten.

— (Gegen direkte Reichsteuern) hat sich am Montag in der Zweiten sächsischen Kammer der sächsische Finanzminister ausgesprochen zu müssen geäußert. Er erklärte, daß die sächsische Regierung unter keinen Umständen für direkte Reichsteuern, insbesondere nicht für eine Reichseinkommen- oder eine Reichsvermögenssteuer zu haben sein werde.

— (Das Erbrecht des Staates.) Die Finanzkommission des Reichstages hat sich befaßlich mit 15 gegen 13 Stimmen im Prinzip für das Erbrecht des Fiskus bei Intestaterbschaften ohne nähere erbrechtliche Verwandte ausgesprochen. Man schreibt uns dazu aus parlamentarischen Kreisen: Keine Vorlage hatte im Plenum so wenig Freunde gefunden wie diese, kaum eine so heftige Gegner. Eine forderebare Nationalliberalen, Antisemiten, Freisinnigen, Nationalkonservativen und Sozialdemokraten, Freisinnigen, Nationalliberalen, Antisemiten und Freisinnigen, die bei noch ein Vertrauensmann tüchtig, bildete die Mehrheit, Zentrum, Polen und Konervative die Minderheit. Stimmt das Zentrum geschlossen, so war die Vorlage mit Stimmengleichheit abgelehnt. Nicht, was in der Weiterberatung aus ihr wird, ob sie nicht so veräußert wird, daß sie überhaupt keine Bedeutung mehr hat, ob eine Mehrheit in der Kommission aus einer solche im Plenum entspricht, ist noch höchst zweifelhaft. Vorläufig war die Zustimmung in der Kommission verschiedentlich eine sehr bedingte. Also abwarten! Große Bedeutung hat die Sache jedenfalls nicht. Einkommen war das Bedeutsamste der Kräfte der Konservativen über den unerwarteten Beschluß.

— (Wegen der Dreidener Wahlrechtsdemonstrationen) erhielten eine große Anzahl Personen Strafmandate. Sie lauten fast durchgängig auf Haftstrafen in Höhe von 3 bis 14 Tagen. Diese politischen Strafen sind, wie sächsische Blätter mitteilen, bittern wegen groben Unfugs und Verletzung an einem nicht genehmigten Umzug.

— (Die deutschen und die französischen Sozialisten) Auf der am Montag in Paris eröffneten Jahresversammlung des Landesrats der französischen sozialistischen Partei erstattete die Parteiverammlung im Internationalen Bureau ihren Bericht, worin es nach der „Voss. Ztg.“ heißt: Anfang November, zur Zeit der stärksten Spannung zwischen Deutschland und Frankreich wegen des Casablanca-Vertrages, beschloß die Kammergruppe der Wiederkehr ähnlicher Gefahren durch Annäherung der Völker nach Maßgabe ihrer Kräfte vorzubringen. Sie wollte ein gemeinsames Vorgehen mit den deutschen Sozialisten verabreden. Ehe es jedoch zu einer Verabredung kam, war der Casablancafall dem Schiedsgericht zugewiesen. Die deutsche Sozialistenfraktion antwortete, sie wolle mit der französischen jedoch zusammenarbeiten, wenn der Friede droht, sie halte aber derzeit jede gemeinsame Volkskundgebung für unangebracht. Deutschland stand nämlich am Beginn des Feldzuges gegen die persönliche Gewalt des Kaisers und für die Eroberung der parlamentarischen Regierung, die dem politischen Einfluß des Proletariats und dem Sozialismus Raum schafft. Dieser Feldzug von unübersehbaren Folgen für Deutschlands Freiheit und den Weltfrieden erfordere die ganze Anstrengung der Fraktion.

— (Aus einer sozialdemokratischen Krankenkasse.) Gegen den Genossen Poupard, langjähriges Vorstandsmitglied der Krankenkasse I. in Sietzin, sind schon seit einiger Zeit schwere Anschuldigungen erhoben worden, die folgende Punkte betrafen: 1. Mit zwei verschiedenen ärztlichen Attesten hatte er sich bei zwei verschiedenen Untersuchungsstellen — der Landesversicherungsanstalt und der Buchdruckereibesetzungsanstalt — Untersuchungen verschafft, von denen ihm rechtlich nur entweder die eine oder die andere zustand. 2. Während er von der Berufsgenossenschaft 75 Proz. Rente bezog, als dreiviertel erwerbsunfähig war, verschaffte er sich ein Gesundheitsattest, durch das ihm die Stellung eines Redakteurs am sozialdemokratischen Sietziner „Volksboten“ zuziel. Trotz dem bezog er seine Rente ruhig weiter. 3. Als aber die Berufsgenossenschaft eine erneute Untersuchung anordnete, war er alsbald wieder so krank, daß er nur zwei Stunden täglich arbeiten konnte und daß sein Erwerbsvermögen gering schwach war! Obgleich Poupard durch die Presse energisch im Antwort erlucht wurde, schwebte er sich völlig aus, gab nur den „feigen Verleumdern“ anheim, ob sie nicht überlebens den Sachverhalt durch eine Klage aufhellen wollten. Trotz dem blieb der Schwerbeschuldigte Inhaber eines „Ehrenamtes“ bei der Ortskrankenkasse I. Da erlärte auf Grund der Pressemitteilungen die Landesversicherungsanstalt Anzeige gegen Poupard wegen vollendeten und versuchten Betrugs. Die Sache wurde am 19. Januar d. J. in der Berufungsinanz vor dem Landgericht verhandelt. Poupard wurde wegen vollendeten Betruges zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Die Strafe wäre nach der

„Kgl. Rundschau“ schäfer ausgefallen, wenn das Gericht nicht jene pelamäre Not als Willkürspruch angenommen hätte. — Ob dieser brave Sozialdemokrat nun endlich sein Ehrenamt in der Ortskrantentasse niederklein wird?

— (Aus den Kolonien.) Gold und Petroleum sollten in Deutsch-Neuguinea, wo es fürzlich in der „Kgl. Rundschau“ hieß, in größeren Mengen gefunden worden sein. Es wäre so schön gewesen, aber es hat nicht sollen sein! Denn wie der Kolonialberichterfasser der „Südl. Ztg.“ meldet, hat die Gesellschaft bisher überhaupt keine Vorkundungen auf Petroleum ange stellt, noch sind sichere Anzeichen von Petroleum vorhanden. Gold ist allerdings schon häufig im Gebiet der Neuguineapagnie festgestellt worden, bisher aber nach dem Urteile von Sachverständigen nicht in einer für den Abbau im großen genügenden Menge.

Provinz und Umgegend.

† Halle, 27. Jan. Der 8-jährige Knabe Koch Hettner gestorben nachmittags hinter der Strommeierei die Wohnung des Sauerwebers hinunter, um die Festigkeit des Eises zu untersuchen. Er brach sofort ein und verschwand vor den Augen seines älteren Bruders und mehrerer Spielkameraden unter der Eisdecke. Rettungsversuche waren völlig ergebnislos.

† Zörgau, 27. Jan. Auf der Heimfahrt gingen die Pferde eines Geschwires des Königl. Hauptreitregiments durch den Wagen zerfetzt und die Anwesenenden herausgeschleudert. Einer von ihnen, ein 52-jähriger Geflüwärtter, schlug mit dem Kopfe gegen einen Baumstamm, wobei der Mann beunruhigt liegen blieb und bald danach verstarb. Seine 18-jährige Tochter und ein 16-jähriger Knabe kamen mit weniger schweren Verletzungen davon.

† Magdeburg, 26. Jan. Montag mittag geriet ein zehnähriger Knabe unter einen Straßenbahnwagen. Dem Unglücklichen wurden beide Beine abgetrennt.

† Geseff, 27. Jan. Hier wurde die Gründung eines Fonds zur Errichtung eines Krankenhauses in die Wege geleitet, dem die Krammerrasse und die Kreisstätte jährlich eine bestimmte Summe zuführen sollten. Auch die Errichtung einer Volksbadanstalt wird erwogen. Zu diesem Zwecke will der Gemeinnützige Verein das alte Stadtbauhaus erwerben und es aus eigenen Mitteln für Badezwecke nutzbar machen.

† Nützenhain, 27. Jan. Vom Bahnhin befahlen wurde der gegenwärtig hier wohnhafte, bei der Firma Mundel in Weimar beschäftigte und im hiesigen Orte beim Straßenbau tätige Holzleger Werner. Werner gab sich in einem hiesigen Restaurant als der von der Polizei geführte „Sternidel“ aus, lief halb nackt auf der Straße herum, begab sich wieder in die Gastwirtschaft und fing an, alles zu zerklagen. Nach Feststellung an Füßen und Händen konnte der Kranke der Zeinaer Irrenanstalt zugeführt werden.

† Sangerhausen, 27. Jan. Über ein schreckliches Unglück im kräftigsten Einbruch bei Urtrungen werden unten 26. d. folgende Einzelheiten gemeldet: Der Holzer Gilert aus Nordhausen, Vater von 9 Kindern, wurde durch die Gewalt des Sprengschusses in die Luft geschleudert. Der tote Körper blieb auf den Zweigen einer Buche hängen und konnte nur mit Mühe heruntergeholt werden. Die Ehefrau liegt zurzeit krank im Wochenbett. Dem Leichenmeister Pieschmann wurde der Kopf vom Kumpfe gerissen. Etwa 30 Meter von der Schupfstelle entfernt arbeitete der Arbeiter Volkert. Die bis dahin fliegenden Felsstücke zerstückelten diesem ein Bein.

† Gera, 27. Januar. Der Zinnungsanschlag für Gera und Umgegend, der etwa 700 bis 800 Mitglieder umfasst, nahm Stellung zur Gründung einer Handwerker-Darlehnskasse auf gemeinschaftlicher Grundlage. Es wurde eine neungliedrige Kommission eingesetzt, die das Projekt vorbereiten und alle einschlägigen Fragen erörtern soll.

† Leipzig, 26. Jan. Am Vororte Leutzsch verunglückte sich heute aus Lebensüberdruß zwei Schweine, 63 und 55 Jahre alt, mit 150 Pfund lebten in guten Verhältnissen.

Verfassungen.

† Vom Deutschen Kriegerbunde. In einer vorige Woche im neuen Bundeshaushalt zu Berlin abgehaltenen Sitzung des Gesamtvorstandes des Deutschen Kriegerbundes und des Preussischen Landes-Kriegerverbandes wurden die Vorträge für den im Juni in Eisenach stattfindenden Abgeordnetenrat beraten. Abgeteilt wurde, daß dem Deutschen Kriegerbunde im vorigen Jahre drei Vermögensgutsstücke und Spendenungen zugefallen sind; Mittelmeer der Verbandesverwaltung in Weissenhofen hat dem Deutschen Kriegerbunde 52000 Mark, Mittelmeer a. D. Kreise in Dresden hat den Bundesverband 150000 Mark demnach und Hauptmann d. R. Werner und Kaufmann Löwenstein haben der Krieger- und Kampfbund 100000 Mark geschenkt. Nach dem Bericht über das Geschäftsjahr 1908 ist die Zahl

der Vereine des Preussischen Landes-Kriegerverbandes von 15000 bis 16100 gestiegen, die des Deutschen Kriegerbundes von 18487 bis 19125. In dem Schlusse des Jahres zählte der Landes-Kriegerverband 144000, der Preussische Kriegerbund 1630000 Mitglieder. Das Vermögen des Deutschen Kriegerbundes und seiner Stiftungen (ohne die Waisenhäuser) liegt auf 1,670,000 Mark, das des Preussischen Landes-Kriegerverbandes auf 586,000 Mark. Das bare Vermögen des Kampfbund und Kampfbund-Stiftung liegt auf 17,500 Mark auf 619,000 Mark, das der Kaiser-Wilhelm- und Kaiserin Auguste Viktoria-Stiftung 7,235 Mark auf 271,000 Mark und der Preussischen Kriegerstiftung Wilhelm II. von 204,000 Mark auf 228,000 Mark. Für die Errichtung der Kriegerwaisenhäuser wurden 122,000 Mark (im Vorjahre 170,000 Mark) verwendet. Im ganzen wurden vom Deutschen Kriegerbunde und vom Preussischen Landes-Kriegerverband und seinen Stiftungen im Jahre 1908 und 510,000 Mark für Unterstützungen ausgegeben. In Aussicht genommen ist ein „Anstalt des 3. evangelische Kriegerwaisenhäuser in einer der südlichen preussischen Provinzen, das spätestens im Herbst 1911 eröffnet werden soll.

Gerichtsverhandlungen.

— Verbrechen in der Schulle. Aus Bernburg wird berichtet: Vor der hiesigen Strafkammer kam die schwere Verbrechen zur Aburteilung, die seiner Zeit 3 Lehrer der Maudorfer Schule an Schulanfänger sich hatten zuschulden kommen lassen. Die Verhandlungen fanden unter Aufsicht der Öffentlichkeit statt. Sie enthielten die schmerzlichen Begebenheiten, die sich bei ihm unenterrauten Kindern und der Ehre seines Standes zufügen kann. Es waren etwa 30 Jünglinge geladen. Samstags 3 Angeklagte, die Lehrer Herr. Naumann, Otto Hermann und Otto Körting wurden schuldig befunden. Naumann wurde wegen Verbrechen gegen § 176, 177, 178 des St. G. B. in fünf Fällen, sowie wegen Verbrechen gegen § 174, 176, 177 St. G. B. in 9 Fällen zu fünf Jahren Gefängnis, Hermann zu vier Jahren Gefängnis gegen § 176, 177 St. G. B. zu einem Jahres sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Hermann wurde gegen Naumann und Hermann auf je 5 Jahre, gegen Körting auf 3 Jahre Ehrverlust erkannt. Körting unterwarf sich ohne Einspruch dem Urteil. Die Sätze des Urteils sind nachzusehen, wenn man sich den Kammerprotokoll des Urteils anschaut, die die Urteile in geschlossener Hand und schriftlich überliefert fürs ganze Leben unglücklich und elend gemacht zu sein. Der in dieser Art glücklicher Weise verurteilte Fall ist eine ernste Mahnung für alle jungen Leute, die sich dem Verufe des Volkserziehers widmen, sittlich rein und hart zu bleiben, ihre Ehre und das Ansehen ihres ganzen Standes nicht ehelos auf Spiel zu setzen.

— Schwere Strafen verhängte das Schwurgericht Stendal über die Diebstahlskrawalle, geb. 1889 zu Halberge bei Bernburg. Wenig, geb. 1889 in Groß-Salze und Gräbe, geb. 1894 in Köhler (Kreis Jerichow II), sämtlich zu Sömmerin. Die dies anstehenden Angeklagten hatten am 18. Oktober 1908 auf der Dorfstraße in Sömmerin den Arbeiter Schuppe aus Schöndöhlen so schwer mißhandelt, daß er bald darauf starb. Medizinrat Dr. Wenz aus Stendal berichtete als Sachverständiger über den Befund der Leiche. Die Verbrechen wurden im Zusammenhang mit der Leiche über ihr Opfer hergefallen sein. Etwa 30 Wunden wurden am Körper des Unglücklichen festgestellt. Naheben und Oberleber waren zertrümmert. Die Leiche zeigte dunkle Flecken. Allein sechs der Verletzungen waren tödlich. Die Angeklagten waren zu fünf Jahren Gefängnis und Gräbe zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Die Angeklagten waren als die tödlichen Verbrechen im Dorfe bekannt und wegen ihrer Gewaltthaten gefürchtet.

— Wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an schulpflichtigen Mädchen, wurde der Pfarrer Hager aus Groß-Pröblich von der Strafkammer zu Erfurt zu zwei Jahren Gefängnis und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Die Erdbeben-Katastrophe in Süditalien.

Heber den vulkanischen Ausbruch des Erdbebens vom 28. Dezember in Süditalien stellt Professor Colletti in Catania, wie das „N. Z.“ meldet, eine bemerkenswerte Hypothese auf. Entschieden war das Epizentrum des Erdbebens nicht in der Richtung Nord-Süd, wie es früher hieß, sondern in der Richtung Nord-Ost-West-Süd-Ost. Das Epizentrum ist durch eine Linie bezeichnet, die vom Stromboli ausgeht und im Ionischen Meer endet, also in der bedinglichen Erdmittellinie ausgeht. Das Epizentrum liegt in der Zone. Dazu kommt, daß der Vetter die der Vetter in der letzten Zeit gleichzeitig oder nacheinander eine getriggerte Tätigkeit gezeigt haben. Am Samstagabend war der Vetter von einer großen Dampfhaube getönt, und die Negativapparate waren in fortgesetzter Tätigkeit. In Niposo und Taormina wurde am 28. Dezember 5 Uhr morgens am Taormina eine Art Nordlicht gesehen, kurz ehe das Erdbeben erfolgte. Das Seebeben erfolgte als eine Folge des Bruchs des Aufwuchs der Meerenge und dem Ionischen Meer. Dieser Bruch ließ die üblichen Gase ausströmen, tief Veränderungen des Meeresbedens und eine Senkung der Meeresoberfläche und die gegenüber Niposo einen submarinen Krater, der feurige Dämpfe dem Epizentrum trafen. Die feurige Begleiterscheinung der Erdbeben ist ein feuriges Meteoritengab. Da diese Begleiterscheinung von unerschütterlichen Personen festgestellt worden ist, da ferner das Seebeben an der Küste zwischen Giardini und Niposo am stärksten war, hat die Hypothese Colletti's sich sich.

— Nach einer wunderbaren Rettung! Am Sonntag hörten Carabinieri von drei Zümmern eines Hauses in der Via Flacida in Messina ein schwaches Wimmern. Sie grüben nach und förderten nach ungeheueren Anstrengungen einen 80-jährigen Greis aus Tagelicht. Dieser hatte sich seit 28 Tagen von Krater in gerührt und seinen Tropfen Flüssigkeit zu sich genommen.

— Gesamtbetrag der deutschen Hilfsaktion für Süditalien. Die gesamte Hilfsaktion für die durch die Katastrophe in Süditalien Geschädigten beträgt 4500000 Lire.

Dabei sind nicht in Anschlag gebracht die Summen, welche noch eingehen und über welche das Hilfsomitee noch nicht verfügt hat, ebenso die Materialleistungen, welche von jetzt ab noch hinzugehen.

Vermischtes.

* (Ein erschlätterter Unglücksfall) hat sich nach der „Danziger Ztg.“ auf dem zugehörigen Bielefeld ereignet. Drei junge Mädchen, die Geschwister Kaiser aus Bielefeld, und noch ein drittes aus Ostamun haben in einem Erbschiffen über das Gas des Gases von Ostamun nach Bielefeld und bringen ein. Drei von ihnen erkrankten. Nur die älteste der Kaiser'schen Schwestern soll geteilt sein.

* (Explosion in einem Kohlenbergwerk) 26. Jan. Bei einer Explosion, die sich in Bismarck (Sommerfeld Comm.) in einem Kohlenbergwerk ereignete, wurden drei Personen getötet. Eine Rettungscolonne von 50 Mann, die in das Bergwerk eindrang, wurde durch Erdbeben abgebrochen und eingestürzt. 22 Mann sind davon unversehrt.

* (Erlös durch Erschießen) beging der Einjährig-Freiwillige des 1. Schützen-Regiments in München, Hans Hilgers, in der Nacht zum Montag, den Grund zur Tat sich unterstehen. — Der von seinem Treppenteil seit Wahnwahn geübte Missetäter wurde bei der Wohnung der Eltern des M. durchdrungen, fand diesen unter dem Bett verstorbt. Hierauf zog M. einen Revolver und erschoss sich.

* (In einer Sanbrücke verschüttet) In Wiblingen in Niederbayern ist der Bauer Fostenmeier mit zwei Mägden in einer Sanbrücke verschüttet worden. Der Bauer und eine Magd sind tot. Die andere Magd konnte noch lebend aus dem niedergegangenen Sandmassen herausgerettet werden.

* (Für die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe) hat sich der Verein selbständiger Kaufleute zu Worms in einer außerordentlichen Generalversammlung ausgesprochen.

* (Den seltenen Anblick eines französischen Infanterieregiments) in Uniform boten dieser Tage die Einwohner des Meier Vororts Van St. Martin.

* Es handelt sich um einen Angehörigen des dritten französischen Infanterieregiments in Verdun, der zu Pferde und in voller Uniform defilierter. Ungefähr ritt er von Reimlich über die Grenze, passierte ebenso umgeben die ziemlich lange Strecke bis nach Longeville, wo er zum Erstaunen der deutschen Soldaten an der Infanteriereihe vorbeifuhr, ohne daß es auch hier jemand eingesehen wäre.

* (Erbschiffen) hat sich am 24. d. M. in Stellen das Herrenhausmitglied Julius Ritter von Rint, Präsident der Wiener Handels- und Gewerbekommission, seit Jahren mit einem Rechtsbeistand kämpfte. Er war ein hervorragender Vertreter der österreichischen Industrie und erregte sich in allen Kreisen der bestglücklichsten Sympathien.

* (Zur Londoner Räuberaffäre) Der am Sonntagabend durch einen Schuß, wie sich jetzt herausstellt, durch einen Polizisten und nicht durch eigene Hand getötete Bandit ist nunmehr als der 26-jährige Jacobo Caricuzi rekonstruiert worden. Er war Mitglied einer berüchtigten russischen revolutionären Familie und kam vor vier Jahren nach London. Vor zwei Jahren verbrachte er, als sein Bruder, der Mitglied einer der berüchtigten Terroristenbanden in Paris war, einige Expeditionen einer von ihm geleiteten Bande in einem Pariser Park an. Die Firma Schumann in Zottenbach, das das Geld geraubt wurde, erklärt, daß der geflohene Beutler 80 Pfund enthielt, wovon nur 5 Pfund wiedergefunden wurden. Der Rest konnte bisher nicht gefunden werden.

* (Zwölf neue Kirchen), neun evangelische und drei katholische, werden in nächster Zeit in den westlichen und südlichen Vororten von Berlin errichtet. Katholische Kirchenbauten sind in Schöneberg, Nixdorf und Lantow geplant. Nixdorf beabsichtigt drei evangelische Kirchen, Schöneberg und Wilmersdorf je zwei, Steglitz und Groß-Charlottenberg je eine zu errichten.

Reklameteil.

Knorr's

Erbswurst

und Suppenwürstchen enthalten alle Nähr- und Geschmacksstoffe einer guten Fleischsuppe. Man braucht nur mit Wasser zu kochen. Ein Suppenwürstchen gibt drei Teller gehaltreiche Suppe.

Jeder Umschlag gilt alsutschein.

Herr Koch! Habe lobend eine Sendung Zwieback bekommen und bestelle hierdurch wieder welchen, aber für einen Bekannten. Dieser sah, wie unsere Kinder gebeden, und wie kräftig sie sind. Unser Junge hat früh laufen gelernt und ist so kräftig, und unserer Kleinen bekommt der Zwieback ebenfalls ausgeschieden, sie ist 4 Monat und sitzt schon allein. Muß nun diese Bekannten das haben, bitten sie mich, doch auch für sie Zwieback zu bestellen. Die Bitte für 3 Mtl. Zwieback an Herrn M. ... Sch... 24. Bitte senden sie dazu auch einen kleinen Kupon zur Aufmerksam. Bestehe Aufmerksam. Tangermünde, d. 8. 1. 1909. Frau C. ...

Ausgleichung: Die auch in unserem Gebietes beheimischte Rind- und Schweinefleisch-Produktion wird in Brüssel mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet. Rind- und Schweinefleisch ist in jeder Markte des Deutschen Reiches in Dosen à 1,15 zu haben.

Bauterrain

an der Deunaerstraße, 3531 qm groß, mit er
gleichiger Wiesunterlage ist preiswert zu ver
kaufen. Näheres bei

Fried. M. Kunth.

Knape & Wörke Eukalyptus-Bonbons.

Beines Süßemittel der Welt.
Schmigmarke Zinglinge.

5. Fernh. Frischh. Hl. Paul Käther Hh.
Rid. Schurig. Jul. Crommer.
Emil Weidling. G. Wolf.
Walter Bergmann, Franz Gerfarth
& Ceuber Hh.

Wahre Wunderkinder

erzielt man mit

Carl Kochs Nährwieback.

denn derselbe ist sehr wohl-
schmeckend, besitzt höchsten
Nährwert, befördert
die Körperzunahme stärkt
den Knochenbau, verhin-
dert die Kinderkrank-
heiten als Rachitis, Skrophulose
etc., da er die Bestandteile einer
guten Kuhmilch mit den der Mutter-
milch eigenen Nährsalzen und Phos-
phaten vermischt. Zu haben in Tüten
und Paketen zu 10, 20, 30 u. 60 Pf.,
in den durch Plakate kennt-
lichen Verkaufsstellen

alte Feldtauben

tauft stets zu den höchsten Preisen

E. Riemer jun., Halle a. S.

Alter Markt 18. Telefon 3484

Bessere Herrenmaste

sind zu verleben. Näheres in der Expedi-
tion d. Blattes.

4 Herren-Masten

(Quartett) sind sehr preiswert zu verkaufen

Fischerstraße 3.

Zwei neue Damen-Masken

zu verleben

Wahrh. str. 10, Telefon 4011

Eine Damenmaske,

Seidweb, zu verleben

II. Eigtstraße 18, 3 Tr.

Damenmaske

billig zu verleben

Unteraltendurg 12

Denkband Hermann Müller,

Schmalestr. 19, Fernsprecher 300.

Heizöfen, Kochöfen, elektrische Öfen.

sehr empfehlenswert

Betrakum-Heizöfen

Ofenöfen

Unsere Prämien

- Gothies Werke
- Schillers Werke
- Muffalbaum C.

geben wir, um mit den vorwandenen Be-
kand zu räumen, auch jetzt noch zu dem
äußerst günstigen

Vorzugspreise von 3 Mk. ab.
Anfängeremplare liegen aus. Für Wunsch
Zufendung frei Haus.

Geschäftsstelle
des „Mersburger Correspondent“.

Saison- Ausverkauf.

Verkauf sämtliche Winterachen, als:
Pelz-Colliers u. Muffen
sowie Wintermützen
zu herabgesetzten Preisen.

Max Städter,
Burgstraße 11.

Mastrindfleisch

a Pfd. 60 u. 65 Pfg.
empfehlenswert

L. Nürnberger.

Bezugsquellenregister.

Erscheint
wöchentlich
einmal

Neu-
aufnahmen
jederzeit.

Drogerie.

Kaiser-Drogerie Reinhold Rietze, Rossm. 5
Parfümerien, Verbandstoffe, Phot. Art

Emalliewaren.

Hugo Becher, Schmalestr. 2. Sämtliche
Küchen- u. Haushaltungsgegenstände.

Galanterie- u. Lederwaren.

A. Hammer, Markt 11.
Panelbretter, Lutherische, Etageren etc.
Geschenke zu allen Gelegenheiten
in grösster Auswahl.

Gold- und Silberwaren.

Oswald Rosberg, Goldschmied,
Burgstr. 10.

Schmucksachen jeder Art und Preislage,
silberne und Alp. versilberte Geräte und
Bestecke Trauringe — Myrtenkränze.

Gummiwaren.

Gummiw.-Haus Grahnels, Gotthardstr. 20.
Sämtl. chirurg. Artikel billigst, Gummi-
Absätze, vorz. Qual., echte Pariser nur pa.

Haushaltungs-Gegenstände.

P. Florheim, Burgstr. 12. Haushaltsartikel
in Holz-, Korb-, Seller-, Leder-, Solinger
Stahl-, Bürsten-, Pinsel-, Kammmwaren.

Herren-Moden.

R. Christ, Inh. Karl Christ,
Entenplan 5.

Anfertigung eleganter Herrenmoden
sowie reichhaltiges Lager fertiger Herren-
und Knaben-Garderobe.

Louis Günther, Markt 25. Anfertigung
eleganter Herrenmoden nach Mass Lager
in- und ausländischer Stoffe.

Herren-Konfektion.

Oskar Zimmermann,
Markt 13. Telefon 258.

Herren- und Knaben-Garderobe.
Arbeiter- und Berufs-Bekleidung.
Mitglied vom Rabatt-Spar-Verein.

Installation.

Justus Oppel, Neumarkt 23. Spez.-Wasser-
vers.-Anlag. mittels Abessin.- u. Schacht-
brunnen f. Hand- u. Kraftbohr., autom.
Viehseilstr., eis. Saug-, dopp. u. viert-
wirk. Druckpump., Jauchepump., Tief-
pumpw. Badeeinr. Klosett-anl. Bierdr.-App.

Klempnerei.

Justus Oppel, Neumarkt 23.

Korbwaren.

K. Leisering, a. d. Geisel 8.
Kinderwag. u. Kindersportwag., Klapp-
stühle, Reisekörbe, Reparaturwerkstatt.

Korsett-Spez.-Geschäft n. Mass.

Frau A. Schönleiter, Schmalestr. 24. Ges.-
Umst.-Kors n. Mass, Misch-, Schnürl. f. Kdr.

Küschenelei.

J. G. Knauth & Sohn, Entenplan 2.
Hüte, Mützen, Schlipse, Handschuhe,
Regenschirme, Spazierstöcke, Hosenträger,
Gummigürtel, Filzschuhe, Einlegesohlen.

Kurz-, Weiss- u. Wollwaren.

Frau Anna Graf, Neumarkt 42.
Schulartikel, Ansichtskarten, Bijouterien

Kurz-, Woll- u. Spielwaren.

Hugo Käther, Schmale-
str. 21.
Sämtliche Artikel zur Damenschneiderei.

Leinenwarenhäuser.

Ernst Looke, Gotthardstr. 14.
Leinen- und Aussteuer-Geschäft.

Linoleum.

Gummiw.-Haus Grahnels, Gotthardstr. 20.
Läufer Reste v. 75 Pf. an p. m. Teppiche v.
3,25 M. an p. m. 200 cm br. p. qm v. 1,25 M. an.

Nur immerwährende Reklame sichert vollen Erfolg!

Sie rauchen jetzt zu teuer!

Großes Zigarrenhaus sucht nach neue Kunden zu den vielen alten 100 hoch
7 W.-Zigarren M. 4,75, 200 Stk. M. 9,00 frei Nachnahme zur Einführung
nach Kölnes Gehicht nach Wunsch: Zigarrenneu, Gagapfeife, Abschnider, Spitze,
Streichholz, solange Vorrat, gratis begiegt ebenso Preisliste von 28 Sorten
Bestellen Sie sofort per Postkarte unter Zigarrenhaus an

Karl Max Grau, Erfurt 50.

Freudestrahlend



füßt Anna in die Arme ihrer
Freundin Kauf Nigrin
f. Lott, und du wirst meine
Freude begreifen. In wenigen
Sekunden strahlen die Schübe
in Hochglanz.

Reichskrone.

Täglich von abends 8 Uhr ab
Familien-Konzerte
von
Eltre-Damen-Orchester
D'Karlsbader.
Entree frei. Entree frei.

Schweizer Katzenfelle.

ein natürliches Mittel von auffallend
guter Wirkung bei Gicht, Rheu-
matismus, Erkältungen aller
Art bei
Richard Kupper,
Markt 17,
Central-Drogerie.

F. W. Benneke.

Empfehle meine sehr reichhaltige
Theater- u. Masken-
Garderobe.

Eingang nur vom Tiefen Keller aus.



Dieses hervor-
ragende Kräf-
tigungsmittel für
Kinder hat sich nur
durch seinen mil-
den und angeneh-
men Geschmack
so beliebt gemacht.
Nur echt in Original-
packungen zu 1,00 und
2,00 in der G.
Gotthard-Drögerie
Bermann & Emanuel.



Landwehr-Berein Benna-Feipisch.

Zur Nachfeier des Geburtstags Sr.
Maj des Kaisers Wilhelm II. Sonntag
den 31. Januar 1909, abends 8 Uhr.

Ball
in Reipisch. Freunde und Gönner des
Bereins sind willkommen.
Der Vorstand.

Rohlands Restaurant.

Täglich Konzert
des Damenorchesters Donauingen
Dir.: Geschwister Grünert.
Anfang abends 7 Uhr.
Hierzu ladet freundlich ein
Frank Rohland

Mädchen,

das Oker die Schule verläßt, wird zu
Oker gelucht Friedrichstraße 17.
Gelucht nur sofort

besseres Mädchen

für Küche und Haus, nicht unter 20 Jahren,
bei gutem Lohn. Wierhaus Fötschen.
Ein tüchtiges zweites

Dienstmädchen

wird bei hohem Lohn per 1. Februar gelucht.
Zu melden Reichskrone, Merseburg.
Sämtl. Mädchen wird als
Anwartung
für Sonnabend vormittag gelucht
Karlstraße 15 I.

Gefucht sofort eine Anwartung

für vormittags und zwei Nachmittags-
stunden. Meldungen
Karlstraße 35, 1 Tr.
Hierzu eine Beilage.

Deutschland.

(Der sächsische Landtag) ist am Dienstag mittag im Thronsaal des Residenzschlosses zu Dresden in Anwesenheit sämtlicher Staatsminister, sowie des diplomatischen Korps vom König geschlossen worden. Die Thronrede nimmt auf das Zustandekommen der Wahlreform mit folgenden Worten Bezug: Für die Vertretung des Volkes die rechte Wege zu finden, ist eine überaus schwierige Aufgabe gewesen, und wenn der Verlauf der Verhandlungen mich zeitweise von den Sorgen erfüllt werden ließ, daß eine wichtige und das Land tief bewegende Vorlage in der zu Ende gehenden Session unerledigt bleiben werde, so hoffe ich nun, nachdem allseitige Übereinstimmung erzielt worden ist, um so zuversichtlicher, daß meine bei der Eröffnung des Landtages ausgesprochenen Absichten durch Ihre Beschlüsse sich verwirklichen und in meinem Volke alles Verständnis und Vertrauen finden werden. Die Thronrede erwähnt ferner, daß die verabschiedeten Gesetze, darunter das Finanzreform-Gesetz, das Verwaltungsverfahren und im Besonderen die Staatsbeamten, Geistliche und Lehrer. Zu der Thronrede heißt es ferner: Ich zwar durch diese Maßnahmen, die sich freilich nicht ohne die von Ihnen bewilligte Fortdauer des erhöhten Einkommensteuers-Tarifes und ohne die Neuordnung der Stempelsteuer verwirklichen ließen, allen billigen und gerechten Wünschen Rechnung getragen worden, so möchte ich nicht unterlassen, den Wunsch hinzuzufügen, daß das sorgfältigste Nachdenken der persönlichen Ausgabekontrollen auf geraume Zeit zum Abschluß gekommen sei. Es wird Sache meiner Regierung sein, mit allem Nachdruck von Ihnen gestellten Antrag nachzugehen, Mittel und Wege zu suchen, wie durch Vereinigungen in der Organisation und im Verfahren eine wesentliche Einsparnis an persönlichen Ausgaben erzielt werden kann. Die Ordnung der Finanzen des Reiches ist es nachdrücklich eine Lebensfrage für unser ganzes Vaterland geworden. Bundesrat und Reichstag sind in enger Arbeit von neuem dabei, eine endgültige Regelung herbeizuführen. Ein Scheitern des Reformwerkes wäre ein Unglück von unbeschreiblicher Tragweite. Ich halte mit meiner Regierung an der Hoffnung fest, daß es trotz der außerordentlichen Widerstände, die sich der Erreichung des angestrebten Ziels entgegenstellen, gelingen wird, zu einer Verständigung zu gelangen, welche die Deckung des Reichsbudgets auf die Dauer sichergestellt, ohne durch die Wahl der Deckungsquelle die Stellung zu beeinträchtigen, welche mir und meiner Regierung meinen Ständen innerhalb des Reiches nach den Grundgesetzen der Reichsverfassung zukommt. So lassen Sie mich denn von Ihnen mit dem Wunsch Abschied nehmen, daß unser gemeinsames, auf die Wohlfahrt unseres teuren Sachverwandten gerichtetes Streben von dem göttlichen Segen begleitet sein möge.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 26. Januar.) Der Reichstag widmete am Dienstag die ganze Sitzung der ersten Lesung der Vorlage, bezogen auf die Reichs-Verbindungen mit überseeischen Ländern. Es handelte sich dabei um eine bereits im Vorjahre abgelehnte Vorlage auf Gewährung einer Subvention von 7700000 Mk. an den Norddeutschen Lloyd für die Erhaltung der Dampfschiffahrt nach Neu-Sünnar; damals waren nur 400000 Mk. bewilligt worden, womit jedoch der Lloyd nicht auskommen zu können erklärt. Staatssekretär von Bethmann-Hollweg begründete die Vorlage mit der Notwendigkeit, zur dauernden Hebung der Wirtschaftsverhältnisse des Inselgebietes die vierwöchentliche Schiffsverbindung aufrechtzuerhalten. Die Vorlage fand diesmal im allgemeinen die Zustimmung des Hauses. Insbesondere traten die Abgeordneten Dr. Semler (natlib.) und Hornmann (Frl. Apts.) mit Eifer dafür ein und wiesen nach, daß es nicht im Interesse des Lloyd liege, diese subventionierte Linie aufrecht zu erhalten, sondern vielmehr im Reichsinteresse, das durch allein aufschlagend sein dürfte. Die Abg. Erzberger (Chr.) und Raab (Wirtsch. Bg.) hielten eine gründliche Prüfung der Vorlage in der Kommission für dringend erforderlich und schlugen einer neuerlichen Ablehnung nicht abgeneigt, während Abg. Roste (Sog.) sich ganz entschieden gegen den Entwurf erklärte. Abg. Gerber (Sog.) und Weidmann trat auch Nationalvereiner Dresden für die Vorlage ein, die schließlich an die Budgetkommission verwiesen wurde. — Am Donnerstag soll der sozialdemokratische Antrag über die Dienstverträge der Landarbeiter weiter beraten werden.

Abgeordnetenhause. (Sitzung vom 26. Januar.) Die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über die Wahlrechtsreform in Preußen sind am Dienstag zum Abschluß gekommen. Die Abstimmung hat eine Überwiegung nicht gebracht, die fast alle Rechte hat ihren Willen durchgesetzt und sämtliche Anträge nieder in beiden Seiten abgelehnt. Für den ersten Teil, der die Einführung des allgemeinen, gleichen, gemeinsamen, direkten Wahlrechts fordert, stimmten außer den Freisinnigen auch das Zentrum, die Polen und

die Sozialdemokraten. Der zweite Teil, die Forderung einer Neuerteilung der Wahlbezirke, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen, der Polen und der Sozialdemokraten abgelehnt. Auch die Nationalliberalen stimmten dagegen, weil sie in ihrem eigenen Antrag eine abgeschwächte Fassung vorgelegt. Der Antrag der Polen, der ziemlich gleichlautend mit dem freisinnigen Antrag war, wurde gleichfalls abgelehnt. Dann kam der Gesamtantrag der Nationalliberalen zur Abstimmung. Der erste Teil, der das Plura-Mehrrecht verlangt, wurde gegen die Stimmen der Nationalliberalen und einiger Freikonfessionellen abgelehnt. Bei der zweiten Abstimmung über die Erhebung des indirekten durch das direkte Wahlverfahren ergaben sich Zweifel. Die Abstimmung ergab 165 Stimmen für und 168 Stimmen gegen diesen Teil des Antrages. Mit äußerster Stimmenmehrheit wurde dann auch die Forderung der gemeinsamen Stimmabgabe abgelehnt, und schließlich auch gegen die Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und Polen der letzte Teil des Antrages, in welchem eine Neuerteilung der Landtagswahlkreise insofern verlangt wird, als durch Umwälzung der wirtschaftlichen und Bevölkerungsverhältnisse eine wesentliche Verschiebung der für die bisherige Einteilung der Wahlkreise maßgebenden Grundlagen eingetreten. Aus der Abstimmung kam infolgedessen der Antrag für die künftige Wahlreform gezogen worden, als die Forderung der direkten und der gemeinsamen Wahl nur durch eine Zufallsmehrheit abgelehnt worden ist. Mit dem Widerstand gegen diese Forderung ist die Rechte völlig isoliert geblieben, es haben einzelne Mitglieder der Rechtepartei erklärt, sie hätten die Veränderung des geltenden Wahlrechts gelehrt. Die der Abstimmung vorausgehenden Verhandlungen erhielten ihr Gepräge durch die scharfe Kritik, die von nationalliberaler und von freisinniger Seite an der Haltung der Konventionen geübt wurde. Der nationalliberale Abg. Fritze ließ die gegenwärtige Stellung seiner Fraktion zu den Wahlrechtsfragen, die darin bestehe, daß man einer Übertragung des Reichswahlrechts auf Preußen abgeneigt sei. Dagegen trete die große Mehrheit für die geheime Abstimmung ein und dieselben, die nicht unbedingt dafür seien, verhielten sich nicht ganz passiv, sondern materielle gestanden. Nachdem der Redner auch noch die Änderung der Wahlkreise beleuchtet und dabei versichert hatte, daß die Bevölkerungsverhältnisse bei einer neuen Einteilung nicht allein maßgebend sein dürfe, sondern er sich gegen den konventionellen Abg. v. Kischhofen, um auf dessen geistliche Rede zu antworten. Er wies darauf hin, daß der wahre Grund des Widerstandes der Konventionen gegen eine Änderung des jetzigen Wahlrechts darin liege, daß diese Partei ihre Machtstellung behalten wolle. Im Laufe der Zeit sei das Wahlrecht durchaus modifiziert worden, aber die Schranken seien zu erhalten, wenn nur unter Nachstellung erhalten bleibt. Demgegenüber sei zu betonen, daß die konventionelle Herrschaft nicht notwendig und keineswegs mit dem Staatswohl identisch sei. Abg. Dr. Friedberg hielt der Rechten vor, daß sie als kurzfristige, selbständige Parteien nicht zu betrachten seien, sondern nur als Vertreter der Freisinnigen Abg. Dr. Wiemer zum Wort. Er kritisierte zunächst die inhaltlich nicht befriedigende Erklärung des Ministers des Innern und sprach unter lebhafter Zustimmung aus, daß eine dringliche Reform nicht auf kurzfristigen Gesinnungen und Erwägungen, Ermittlungen und Berechnungen erfaßt werden dürfe. Worauf es ankomme, sei der feste Entschluß, vorwärts zu kommen und eine gründliche Reform durchzuführen. Eine entschlossene Förderung des Reformwerkes durch die Regierung sei gerade nach der Erklärung der konventionellen Partei notwendig, damit die Grundidee nicht verloren geht, die Verwirklichung der Thronrede ohne Erfüllung bleibt, weil es den Konventionen nicht gefalle. Der Redner wies dabei den Versuch der Konventionen nachdrücklich zurück, die Machtstellung der Krone als gefährdet hinzustellen, wenn das preussische Wahlrecht geändert wird. Die Verwirklichung der Thronrede ist nicht gegründet auf dem einseitigen Interesse einer bestimmten politischen Richtung, sie ruhe sicher allein auf der Rechtsgleichheit und der Volkssouveränität. Im weiteren Verlauf seiner Darlegungen fesselte Abg. Dr. Wiemer die Wärtungen des geltenden Wahlrechts auf Grund der Erfahrungen bei der letzten Landtagswahl, und legte insbesondere die Notwendigkeit der gemeinsamen Wahl dar, indem er auf den von den Sozialdemokraten beliebten Wahlvereinsvorismus näher einging und die Angriffe zurückwies, die vorher Abg. Strobel gegen die Freisinnigen hinsichtlich der Abstimmung über die Veränderung der Reichs-Verbindungen mit überseeischen Ländern, die in dessen Ausführungen gegenüber den Freisinnigen zutage getreten ist. Auf die Frage wo die Freisinnigen bleiben würden, wenn der Vorschlag ablehnt, antwortete der Redner, daß die Freisinnigen dann genau in derselben Position sein würden, in der sie früher waren, und jedenfalls in einer besseren als die Konventionen; denn sie hätten die Möglichkeit, eine Abnahme der Stimmen gegen die Konventionen im Reichstag zu bilden. Er fesselte weiter unter der Bezeichnung des Hauses das Verdeswerden des Herrn Kischhofen an die Spitze des Zentrums, das geradezu förmlich gerügt habe, weil es in einem Augenblick erfolgte, wo sich der Vertreter des Zentrums ebenfalls für das allgemeine, direkte, gleiche Wahlrecht ausgesprochen hatte. Die Rede des Abg. v. Kischhofen ist, wie Abg. Wiemer hervorhob, unvollständig in der Sache gegen die Vorschläge und den herrschenden Kurs. Die Freisinnigen sehen diesen Begleiten mit kühler Gelassenheit entgegen, und sie werden an ihrem Teil die Konsequenzen aus der Änderung der politischen Situation da ziehen, wo solche

Konsequenzen zu ziehen sind. Eine selbstbewusste entschlossene Regierung müßte, wie der freisinnige Redner unter lebhafter Zustimmung auspricht, gerade nach der Erklärung der konventionellen Partei unverzüglich eine Wahlrechtsvorlage einbringen und, wenn die Konventionen diese Vorlage zum Scheitern bringen, an das Land appellieren. Wenn die Vorlage auf richtigen Gedanken aufgebaut sei, so müßte der konventionelle Widerstand vor dem Volksmillen geräteten wie die Spreu vor dem Winde. Obwohl noch eine Reihe von Rednern, darunter auch Abg. Dr. Radnitsch und Abg. Fritze, gemeldet waren, wurde die Debatte geschlossen. Namens der Freisinnigen Fraktionsgemeinschaft sprach Abg. Hoff (Frl. Bsp.) das Wort, um noch einmal kurz und unter Beibehaltung charakteristischer Zitate des Materials die Ungezügtheit und Unhaltbarkeit des gegenwärtig herrschenden Wahlrechts vor Augen zu führen. Bei einer Wahlreform handle es sich darum, die Vorkerrschaft Obletians in Preußen zu brechen. Es sei furchtig, die als liberale notwendig erkannte Änderung des Wahlrechts nur darum zu unterlassen, weil die Sozialdemokratie im Abgeordnetenhause keine Vertretung erhalten löße. Für die Freisinnigen komme es darauf an, die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung vermittelst der Einführung des Reichswahlrechts in Preußen auch wirklich durchzuführen. Auch diese einseitige Rede vermittelte aber die schon längst feststehende Meinung der Mehrheit nicht zu ändern. Die hierauf folgende Abstimmung ergab das Resultat, das wir oben mitgeteilt haben.

Provinz und Umgegend.

† Döherleben a. Vode, 25. Jan. Ein schweres Unglück, dem zwei Menschenleben zum Opfer fielen, ereignete sich in der Nacht vom Sonntag zum Montag gegen 4 Uhr morgens an dem Graf Wilam Schacht der Grube verunglückte Marie Kaufe bei Mendorf. Die Häuer Karl K. O. 16 und Wilhelm L. d. m. a. n., sowie der Aufseher Friedrich Hesse, sämtlich im nahen Orte Kornhäuser wohnhaft, gehörten zur Nachwachsmannschaft dieses Schachtes und wollten gegen 4 Uhr einen Ort nachziehen, der zwei Stunden vorher befreit werden sollte. Mangel brachen unter starkem Aufdruck von großem Steingeröll begleitete Schwemmasubstanz herein. Der Aufseher als letzter unter den dreien konnte sich rechtzeitig in Sicherheit bringen; seine beiden Kameraden dagegen wurden beim Schließen der Schutzvorrichtungen vom Schlamm überrollt und verschüttet. Die Bergungsarbeiten wurden sofort mit größtem Eifer aufgenommen, leider jedoch ohne Erfolg; um 10 Uhr vormittags wurden schon beide als Leichen zutage gefördert. Die Bergungsläden sind beide verheiratet und Sobls Vater von fünf unmündigen Kindern und wurden von der Verwaltung als zwei der tüchtigsten Bergleute sehr geschätzt.

† Sondershausen, 27. Jan. Auf der Straße von Badra nach Bendeleben wurde ein Handwerksbursche mit Stelzfuß halb erfroren aufgefunden. Er wurde nach Badra in das Gemeindehaus gebracht, wo er kurze Zeit darauf starb.

† Koburg, 26. Jan. Der Fürstentum der Veste K. Koburg ist auf Veranlassung der herzoglichen Staatsregierung durch die zuständige Baubehörde vor kurzem einer genaueren Prüfung unterzogen worden. Es hat sich dem „Burgwart“ zufolge dabei herausgestellt, daß der bauliche Zustand an verschiedenen Stellen sehr zu wünschen übrig läßt. Die obere Fachwerkwand an der Nordseite hat sich nach außen geneigt und unter dem Druck des aufliegenden Dachstuhl hat sich die Dachbalkenlage an der Nordseite über einen halben Meter gesenkt, so daß die Verbindungen des Dachstuhl an vielen Stellen auseinandergegangen sind. Man wird sich erinnern, daß schon im Jahre 1838 der Kapellenstichel, der im Zusammenhang mit diesem Dachstuhl stand, wegen zunehmender schwerer Schäden vollständig abgetragen werden mußte, so daß die Kapelle ihre heutige Ausdehnung, die der Hälfte der früheren entspricht, erhielt. Infolge der erwähnten Feststellungen hat mit dem Ausräumen der Sammlungen und Kupferliche begonnen werden müssen.

† Koburg, 26. Jan. Wie die V. N. M. melden, brachten die dem gemeinschaftlichen Landtage für das Herzogtum Koburg-Gotha zwölf Abgeordnete einen Antrag auf Einführung der direkten Wahl zum Landtage ein.

† Gera, 26. Jan. Vor zwei Wochen brannte das Schmidt'sche Gut in Großa vollständig nieder. Als der Brandstiftung verdächtig wurde der Dienstfrucht Brummer in Großa gefangenommen. Er legnete die Tat harmdächtig. Erst hat er auf Zureden seiner Mutter und Schwester die Tat eingestanden, die er auch nach er verliert hat gegen Schmidt, der großen Schaden durch den Brand erlitten hat. — Eine sozialdemokratische Versammlung in Debschitz hat gegen die Errichtung einer neuen Kirche in Gera protestiert, weil die Gemeinde Debschitz zu der Kirche beitragen muß. Die Kirche wird auch ohne die Zustimmung der Geger erbaut werden, da die Regierung bereits angeordnet hat, daß die Stadt Gera alljährlich einen

Betrag für die Kirche in den Haushaltsplan einstellen muß.

† **Boomsleben**, 26. Januar. Im Walde bei Bormsleben überachte der Forstmeister Michaelis einen unbekanntem Wilderer. Beide gaben Feuer. Der Wilderer wurde schwer verwundet.

Lokalnachrichten.

Merseburg, den 28. Januar 1909.

Die Feier des Kaisergeburtstags. Die allgemeine Teilnahme der weissen Kreise unserer Bürgerschaft an der Feier des Geburtstages unseres Kaisers konnte man so recht an dem überaus starken Besuch der Veranstaltungen, die am Mittwoch und den vorhergehenden Tagen stattfanden, erkennen. Überall konnte eine gehobene und patriotische Stimmung konstatiert werden und mit innigem Anteil gedachte man in Ansprachen und Trinksprüchen der Person unseres Kaisers. Viele Privathäuser unserer Stadt, sowie alle öffentlichen Gebäude hatten Flaggen geschmückt, einzelne Geschäfte hatten ihre Schaufenster festlich mit Kaiserbüsten in dekorativer Umrahmung geschmückt. Eingeleitet wurde der Kaisergeburtstag am Dienstag durch einen Zapfenstreich des Alterntagevereins, dem etwas später der der hiesigen Garnison folgte. Beide Abteilungen wurden bei ihrem Marsch durch die Straßen von einer großen Menschenmenge begleitet. Das von den Garnison-Spielweibern ausgeführte Weeden eröffnete die Festlichkeiten des Tages. Mächtige sich auch die Kälte, wie auch am Tage vorher, etwas unangenehm bemerkbar, so war doch dem zahllosen Publikum auf den Straßen die Feststimmung anzumerken. Die Schüler und Schülerinnen eilten in Sonntagsschleiden ihren Schulen zu, in denen die üblichen Feste veranstaltet wurden. Um 10 Uhr begann der Festpredigt des Gottesdienstes im Dom, an dem die Spitze der hiesigen Behörden, die Krieger-Vereine sowie die Garnison teilnahmen. Die Kirche war überfüllt. Die Festpredigt hielt Herr Superintendent Prof. Vithorn. Während des Gottesdienstes verarmte sich eine gewaltige Menschenmenge auf dem Marktplatz, wo in diesem Jahre die Parade abgenommen werden sollte. Nach Schluß des Gottesdienstes nahmen die Spitze der Behörden in Militärtracht und das Reserveoffizierskorps, an der Spitze der Regierungspräsident Herr Freiherr v. d. Rucke, am Rathaus Aufstellung. Die Militärvereine unter Vorantritt der Stadtpolizei folgten. Die vier Kompanien 36 er formierten sich zu einem Bivier, Trupp nach der Mitte. Nach dem Kommando zum Präsentieren hielt der Bataillonskommandeur Herr Major Jungmann eine kurze Ansprache und brachte das Hurra auf den Kaiser aus, in das die Truppen und das versammelte Publikum kräftig einstimmten. Am Anschluß schritt der Regierungspräsident in Begleitung des Bataillonskommandeurs die Front der unter präsentierten Gewehr stehenden Truppen ab, worauf sich diese zum Parademarsch in Zügen formierten, der in der Richtung nach der Feste des Marktes ausgeführt wurde. Damit hatte das vom Publikum mit lebhaftem Interesse verfolgte militärische Schauspiel sein Ende erreicht; die Truppen marschierten nach der Kaserne und eilten dort den ihnen harrenden Festtagsbräuten zu. Die Kriegervereine zogen geschlossen nach dem Schulplatz, wo sich der Zug nach einer kurzen Ansprache des Landrats Herrn Grafen v. Haußowille, die ebenfalls in ein Kaiserhoch auslief, auflöste. Das offizielle Festmahl begann um 2 Uhr im Tivoli, wo sich etwa 200 Teilnehmer eingefunden hatten. An einer Seite prangte in einem Haun von Palmen und Vorbeerdämmen die Wüste des Kaisers. Das Hoch auf den Kaiser brachte als Abschluß einer markigen Rede der Herr Regierungspräsident Freiherr v. d. Rucke aus. Die Tafelmusik wurde von der Stadtpolizei unter Leitung des Herrn Musikdirektor Hertel ausgeführt. Abends fanden in vier Vokalgruppen Festlichkeiten für die Mannschaften der Garnison statt, an denen unsere Bürgerschaft lebhaften Anteil nahm.

Zur Kaisergeburtstagsfeier hatte auch der Verein ehem. 12. Husaren hierseits seine Mitglieder und Freunde am Dienstag abend zahlreich im Tivoli versammelt. Das reichhaltige Programm eröffnete der schneidige Marsch „Mit Gott für Kaiser und Reich“ von Parlow, dem noch zwei prächtige Musikpielen folgten, worauf der Vorsitzende des Vereins das Wort ergriff, um mit patriotischer Begeisterung den Kaiser zu feiern und dem hohen Geburtstagsfeste die herzlichsten Wünsche des Reservejäger Vereins ehem. 12. Husaren darzubringen. Die Ansprache schloß mit einem dreifachen Hoch auf Kaiser Wilhelm II., in das die ganze Festversammlung enthusiastisch einstimmte. Im weiteren Verlaufe des Abends folgte ein Festspiel von Hermann Söll, betitelt „Sei Kaiser Dir“, das in schwingenden Versen, gesprochen von einem Bürger, einem Bauer und dem Genius der Geschichte, Kaiser Wilhelm II. als Friedensfürsten feiert und ihm den Dank seines treuen Volkes zu Füßen legt. Neben

Dröcherstücken kamen auch mehrere von den Kräften des Vereins recht gelungene instrumentale Musikstücke zum Vorschein, die stilistischen Verfall auslösten. Den Schluß des unterhaltenden Teils bildete der einaktige Schwanz „Das Pulverfaß“ von Gustav Kadelburg, dessen Durchführung eine ausgezeichnete genannt zu werden verdient, da sämtliche Rollen tadellos zur Darstellung gelangten und in der ganzen Versammlung eine heitere Stimmung weckten, die noch lange harmonisch nachklang. Der sich anschließende Ball hielt die alten Husaren mit ihren Gästen bis zum Morgen in echt Farnadtschastlicher Fröhlichkeit zusammen.

Aus den amtlichen Bekanntmachungen der Landwirtschaftskammer. Feldmäßiger Auhau- und Düngungsversuche kleinerer Landwirte. Für das Frühjahr 1909 stehen der Kammer wieder Mittel zur Verfügung, aus denen kleineren Landwirten zur Anstellung selbstmöglicher Auhau- und Düngungsversuche Saatgut sowie Düngemittel geliefert werden können. Die Anmeldeformulare zu diesen Versuchen sind jederzeit durch die Herren Vereinsvorsitzenden persönlich oder auf schriftlichen Antrag zu beziehen. Die von dem Versuchsansteller ausgefüllte Anmeldung ist nicht, wie bisher, an die Landwirtschaftskammer, sondern direkt an den auf dem Formular verzeichneten Winter- und Sommerdirektor bis zum 10. Februar einzureichen. Die Versuche haben später von den Versuchsanstellern die unterzeichnete Empfangsbescheinigung, sowie 2 Mk. Gebühren für jeden Versuch einzuziehen und an den zuständigen Winter- und Sommerdirektor abzuliefern. — Praktische und theoretische Wintererträge. Um jungen Landwirten und namentlich solchen, die die Absicht haben, sich dauernd der Landwirtschaft zu widmen, Gelegenheit zu bieten, vor einer öffentlichen Prüfungskommission sich einen Nachweis über ihre praktischen Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, haben wir eine Prüfungsstelle für landwirtschaftliche Beamte geschaffen. Zu landwirtschaftlichen Prüfung können nur solche jungen Landwirte zugelassen werden, die den Nachweis über eine ordnungsmäßige dreijährige Tätigkeit in der Landwirtschaft zu erbringen vermögen. Außerdem muß der Prüfling mindestens 21 Jahre alt sein. Die Prüfung ist sowohl eine theoretische als auch eine praktische, sie findet in der zweiten Märzhälfte statt. Anmeldungen dazu sind bis Ende Februar an die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen nach Halle a. S. zu richten unter Vorlegung eines Lebenslaufes, der Zeugnisse über die bisherige praktische Tätigkeit, über etwaigen Fachschulbesuch und über den Lebenslauf. Vor der Teilnahme an der Prüfung ist eine Prüfungsgebühr von 20 Mk. an die Kasse der Landwirtschaftskammer einzusenden.

Neue Bestimmungen über die Versteigerung von Postsendungen. Bestimmungen mit leicht veränderlichem Inhalt, die nicht bestellbar werden können, werden bekanntlich unter gewissen Voraussetzungen versteigert. Das Reichspostamt hat jetzt neue Bestimmungen darüber erlassen. Durch diese soll überall ein gleichmäßiges Verfahren der Postanstalten erreicht werden, damit aber auch ein möglichst hoher Erlös aus dem Verkauf erzielt werden, wie er sowohl im Interesse der Postverwaltung wie der Absender liegt. Diese Versteigerungen sind deshalb künftig allgemein durch Schalterauszahlung bekannt zu machen. Wenn es ferner zur Erzielung höherer Verkaufserlöse nützlich und angängig erscheint, sollen außerdem Interessenten, die am Ort anlässlich sind, auf fernem Wege von der anberaumten Versteigerung in Kenntnis gesetzt werden. Diese Benachrichtigung kann mündlich oder durch den Fernsprecher geschehen. Wo Vereine oder Verbände solcher Interessenten bestehen, genügt eine Benachrichtigung des Vorstandes oder einer Person, die von dieser beauftragt worden ist.

Schutz gegen Veranstaltung des Orts- und Straßenbildes. In einem letzten erlangenen Erlaß der beteiligten preussischen Ressortminister wird darauf hingewiesen, daß von Seiten der Gemeinden bis jetzt verhältnismäßig noch wenig geschehen ist, um sich zur Erhaltung ihrer geschäftlich und künstlerisch bedeutenden Bauwerke sowie zum Schutze des Orts- und Straßenbildes und zur Einschränkung der Reklamebilder die Vorschriften des Gesetzes vom 15. Juli 1907 zunutze zu machen. Die Regierungspräsidenten sind deshalb beauftragt worden, auf die Gemeinden, deren Verhältnisse es angezeigt erscheinen lassen, dahin einzurufen, daß entsprechende Vorschriften möglichst bald erlassen werden.

Winterstaub kann allerdings mit dem Sommerstaub nicht konkurrieren. Wollen, wie sie in der heißen Jahreszeit oftmals die Straßen erfüllen, gibt es da nicht. Im Gegenteil, wenn der Schnee die Fluren bedeckt, dann ist die Luft so haubfrei, wie es in unseren Niederungen nur möglich ist. Dafür aber macht er sich an einem anderen Orte bemerklich, wo er

fast noch unangenehmer ist, nämlich im geheizten Zimmer. Da zeigt sich manchmal ein unangenehmer, fragender Geruch, der die Kehlfloschleimhaut reizt und Husten hervorruft. Er rührt von verbranntem und geröstetem Staub her, wobei Ammoniak und andere schädliche Stoffe entstehen. Am häufigsten findet man diese Verkeimung bei den gewöhnlichen eisernen Öfen, deren Wandungen leicht glühend werden, infolgedessen die auf dem Ofen abgelagerten Staubteilchen verbrannt und die Luft verunreinigen. Aber auch bei den Heizkörpern der Luftheizung findet leicht eine Überhitzung statt, wodurch aufgelagerter Staub verbrannt und die Verkeimungsprodukte sich der Luft beimischen. Sie dürfen nie über 70° erhitzt werden. Vermeidung ist, daß Staub, der aus künstlich mit Wasserdampf angefeuchteter Luft herkommt, mehr überhitzende und reizende Dämpfe enthält, als der Staub aus gewöhnlicher Luft. Die eisernen Öfen müssen daher peinlich rein gehalten werden und sind öfter feucht abzuwischen.

Beim Überklettern eines Steinhauens auf dem Neumarkt, die dort immer noch infolge der Rabellegung direkt vor den Hauseingängen liegen, stürzte ein Kind und zog sich Hautabschürfungen zu. Ein Topf, den es in der Hand hielt, ging dabei in Trümmer. Sehr leicht konnte sich das Kind noch an den Scherben verletzen. Wann endlich, so schreibt man uns, schreitet die Polizei ein und befreit diese unglücklichen Zustand. Sie ist doch sonst immer schnell zur Stelle, warum jetzt nicht!

Stadtvorordneten-Sitzung.

Merseburg, 26. Januar 1909.

Der Stadtvorordnete-Vorsteher Justizrat Waage gibt nach Eröffnung der von 6 Magistratsmitgliedern und 21 Stadtvorordneten besetzten Sitzung folgendes Bekannt: Der Vorstand des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und des Vereins für öffentliche und private Gesundheits- und Wohlfahrt hat an den Magistrat und die Stadtvorordneten eine Eingabe gerichtet, die sich mit der künftigen beschlossenen Einführung der Umfahrsteuer und der Steuer nach dem gemeinen Wert beschäftigt. Der Vorsteher bringt diese Eingabe, die mir bereits vor einiger Zeit im Vorstand veröffentlicht, zur Beratung. Ihre Inhalt wiederholt, daß in der Eingabe gegen das Verfahren, welches bei der Einführung der neuen Steuern eingeschlagen worden, indem die Bürgerschaft erst zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung davon Kenntnis erhielt, Protest eingelegt wird, da es nicht der bei solchen Vorlagen üblichen Rücksichtnahme entsprechen würde, die Steuererläge in der letzten Sitzung der Stadtversammlung zu beschließen. Eine Stellungnahme hierzu vor der Entscheidung der Stadtvorordneten wäre den Bürger-Vereinen dadurch unmöglich gemacht worden.

Der Vorsteher Stadtv. Waage stellt hierzu folgenden Protest: Bereits im März v. J. wurde die Veranlassung einer gemischten Kommission, die neue Steuerquellen ausfindig machen und vorberaten sollte. Also schon damals wurde die Öffentlichkeit damit vertraut gemacht, daß neue Steuern zur Deckung der Mehrausgaben nötig sind. Angedeutet wurde hierbei die Umfahrsteuer, die Steuer nach dem gemeinen Wert und die Verbrauchssteuer. Also seit März v. J. hatte die Bürgerschaft Zeit, zu den neuen Steuern Stellung zu nehmen. Unrichtig ist, daß die Bürgerschaft erst zwei Tage vor der entscheidenden Sitzung von der beabsichtigten Einführung der neuen Steuern unterrichtet worden ist. Bereits nach Tagesvorher, am 7. Dezember v. J., wurde in der Stadtvorordneten-Sitzung darauf hingewiesen, die neuen Steuererläge liegen zur Einsicht der Stadtvorordneten aus. Die Eingabe betreffend der zwei Tage ist also unrichtig. Es lag in der Hand der Vereinsvorstände, wenn die kurze Zeit es unmöglich machte, die Steuererläge in den einzelnen Vereinen zur Besprechung zu bringen, an den Stadtvorordneten-Sitzung zu richten, die Beratung beim Beschlußfassung darüber noch hinauszuziehen. Dies ist aber nicht geschehen.

Eine ähnliche zweite Eingabe ist, wie der Stadtvorordnete Vorsteher weiter bemerkt, vom Gewerbe-Verein und dem Bürger-Verein gerichtet. Die öffentlichen Interessen an ihn gerichtet worden, in der Hoffnung auf die Einführung der Umfahrsteuer und der Steuer nach dem gemeinen Wert die Bitte zum Ausdruck gebracht wird, derartige wichtige Vorlagen in Zukunft länger zur Einsichtnahme auszuliegen und auf dahingehende Wünsche Rücksicht zu nehmen. Weitere Stadtvorordnete, die diesen Vereinsvorständen angehören, haben diese Eingabe unterzeichnet. Der Vorsteher bemerkt hierzu, daß, wenn die Stadtvorordneten ihm vorher rechtzeitig diesen Wunsch zum Ausdruck gebracht hätten, er jederzeit bereit gewesen wäre, eine längere Frist anzustellen. Dies ist nicht geschehen und so können die Vorlagen auf die Tagesordnung. Es war nunmehr Sache der Versammlung, über eine längere Auslegung zu entscheiden. Der Vertagungsantrag wurde aber bekanntlich von den Stadtvorordneten mit großer Majorität abgelehnt, eine längere Auslegung also nicht gewünscht. Zum Schluß bringt der Vorsteher zum Ausdruck, daß er gegen bereit ist, das Wort der Bürgerschaft zu berücksichtigen und es stets von Wichtigkeit und Bedeutung für ihn sein wird, Anregungen und Belegungen von den Bürger-Vereinen anzunehmen.

Stadtv. Vollrat beantragt, über diese Mitteilung des Vorstehers die Diskussion zu eröffnen, dem nach kurzer Zeit der Unfähigkeit schließlich Folge gegeben wird.

Stadtv. Vollrat führt aus: Mein Wunsch geht dahin, daß die Umfahrsteuer und die Steuer nach dem gemeinen Wert die jenseitigen Steuern sein sollten, die hier zur Einführung gelangen sollten. Mehrere Male bin ich auf dem Magistrats-Bureau gewesen, um Einsicht in die Vorlagen zu nehmen. Die Zeit war aber zu kurz, diese, wie erforderlich, zu studieren. Entschuldigend hat aber die Bürgerschaft erst zwei Tage vorher durch die Bekanntgabe der Tagesordnung die beabsichtigte Einführung der neuen Steuern erfahren. Wie sind als Stadtvorordnete von den Bürgern gewählt, somit deren Sprachrohr und vertreten nach besserer Pflicht und Gewissen die Bürgerschaft. Es war aber unsere Pflicht und Schuldigkeit, bei denartigen einschneidenden Vorlagen die Bürgerschaft zu unterrichten. Daher bleibt der Vorwurf, bei den Eingaben zum Aus-

Anzeigen.

Für diesen Zeit übernimmt die Redaktion den
Bachstum gegenüber keine Verantwortung.

Nachlass-Auktion.

**Sonntag den 30. d. M.
von vorm. 9 Uhr an**

sollen im Restaurant „Casino“ verschiedene
Nachlassgegenstände, als:

- 1 Kommode, 1 einfüßiger Schrank, 1
rotes Samt-Sofa, 2 dergleichen Fauteuils,
2 große Spiegel, 1 Kronleuchter mit
6 Kerzen, 1 Ecksesselstuhl, 1 kleiner
Wandschrank, 2 einfüßige Tische, 6
Stühle, 1 Waschtisch, 2 Gartenbänke,
1 Wanduhr, 2 Golduhren mit Kette,
1 Creppelleiter, 2 Kuchentische, 1 Kuchens-
wage mit Gewichten, 2 Käufer, Lampe,
Wasserbank, Stiehpult, 1 große Bad-
wanne, 1 Bettstelle mit Matratze, 2
Sighademannen, Regal, Bilder, Wäsche-
korb, Revolver mit Munition, Kleidungs-
stücke, Porzellan, Waschgeräte und dergl.
mehr

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung
versteigert werden.

Merseburg, den 26. Januar 1909.
Fried. M. Kunth.

Neumarkt 42,

früher Strohliches Grundstück ist eine
größere Wohnung, im ganzen oder geteilt,
und die untere Etage, sowie die umfang-
reichen Stallungen sofort oder 1. April
zu vermieten. **Der Eigentümer.**

Eine kleine Wohnung zu vermieten
Wandern 4.

Wohnung, II. Etage,
4 Zimmer, Küche und Zubehör, Preis 340
Mk. ist zu vermieten und 1. Juli 1909 zu
besetzen. **Annenstraße 2.**

Herrschastliche 2. Etage
ist im ganzen oder geteilt zum 1. April
zu vermieten.

Gustav Engel, am Gotthardstraße 12.
Versehungshalber ist eine freundliche
Wohnung sofort oder 1. April zu besetzen
Preis 100 Mark. **Friedrichstraße 12**

Stube und Kammer
sodort oder zum 1. April d. J. zu ver-
mieten **Noterbrüderrain 5**

Eine Wohnung
für einzelne Dame oder älteres Ehepaar zu
vermieten und 1. April oder später zu be-
ziehen. Besichtigung nachmittags 3 bis
5 Uhr. **Konditorei Schönberger,**
Gotthardstraße 27.

Kleine Wohnung, Preis 28 Taler,
Stube, Kammer und Zubehör, zum 15. Februar oder
1. April zu besetzen. **Erzberger 6.**

Wohnung, bestehend aus 3 Stuben,
2 Kammern, Küche u. Zu-
behör, zum 1. April zu mieten gesucht.
Best. Offerten mit Preisangabe unter X
in der Exped. d. Bl. abzugeben.

Familie mit einem Kind sucht 1. Juli
Wohnung, 2 Stuben, Kammer und Küche,
oder Stube, 2 Kammern und Küche. Off.
unter **B 6** an die Exped. d. Bl. erbeten

Familien-Wohnung.
Stube, Küche und Kammer, von an-
ständigen Leuten ev. sofort oder per 1. April
zu mieten gesucht. Beste Offerten unter
O 12 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Möbliertes Zimmer
zu vermieten **Gallestraße 15 Hof.**

Männer-Turnverein.
Gestern, Montag, abend verschied nach langem
Kranksein unser Mitglied, der Restaurateur
Herr Karl Franke.
Der Verlust des treuen Turnfreundes, der unsere
Bestrebungen jederzeit unterstützte, berührt uns tief. Wir
werden ihm immerdar ein ehrendes Gedächtnis bewahren.
Leicht sei ihm die Erde!
Merseburg, den 23. Januar 1909.
Der Turnrat.
Beerdigung Donnerstag nachmittag 3 Uhr. Die Mitglieder ver-
sammeln sich an der städt. Friedhofskapelle.

Nachruf.
Montag den 25. Januar starb nach längerem
Leiden in der Blüte seiner Jahre unser allverehrtes
Vereinsmitglied
Herr Restaurateur
Karl Franke.
Wir betrauern in ihm einen lieben Kollegen,
der sich stets unserem Stande gewidmet hat und
dessen Kollegialität uns dauernd in der Erinnerung
bleiben wird.
Er ruhe in Frieden!
Merseburg, den 27. Januar 1909.
Der Verein der Gastwirte
von Merseburg und Umgebung.

Nachruf!
Nach langer schwerer Krankheit verschied am 25. Januar
unser wertes Vereinsmitglied Herr Restaurateur
Carl Franke
im vollendeten 38. Lebensjahre. Sein freundliches und stets
zuvorkommendes Wesen und sein reges Interesse an unserem
Vereine sichern ihm in unserer Mitte ein bleibendes Andenken.
Er ruhe sanft!
Merseburg, den 27. Januar 1909.
Der Gesangverein „Lyra“.

Wintereier
erzigt man ganz ohne Anstaus und im Winter durch das großartig bewährte, von
Landwirtschaftskammern erprobte und sehr empfohlene Geflügelfutter „Nagut“. An-
leitung umsonst durch **Walther Bergmann, Gotthardstr. 19.**
Geflügel leicht bezugsfähiges Geschäft.
Bitte senden Sie mir wieder 120 Bld. um. Ich habe mit dem gelieferten
Ertrag ganz vorzügliche Resultate in Bezug auf Eierproduktion und glänzendes
Aussehen der Volierenhühner erzielt.
Gehtedat 1. M., den 21. Februar 1907.
Dr. jur. Greverus.

Gotthardstraße 5
ist die 1. Etage ganz oder geteilt zu ver-
mieten und ab 1. April oder später be-
ziehbar. Näheres zu erfragen
Entenplan 11.
Möbliertes Zimmer
mit Pension sofort zu vermieten
Weißenseferstr. 27.
Der von Herrn Otto Gasse,
Schmalstr. 23 benutzte
Laden mit Wohnung,
Frederstraße und Keller (bis her ein
flottgebendes Kalandwaren-geschäft)
ist zu vermieten und am 1. Juli 1909 zu
beziehen. Zu erfragen bei
Frau Coja, Schmalstr. 25, 1 Tr.

Hausgrundstück m. Tischlerei
und guter Privatwirtschaft, 3 Sobelbänken,
gut veranlagt, sofort zu verkaufen oder zu
verpachten. Näheres bei Herrn **Bret-
schneider,** Einigungsung, Merseburg,
St. Ritterstraße.

8000 Mk.
zur 2. Hypothek auf gutes, leicht verzins-
liches Haus in sehr guter Lage zu 4 1/2%
per 1. April d. J. von pünktlichem Zins-
zahler gesucht. Offerten unter **V E 88**
an die Exped. d. Bl. erbeten.

500 Mark
zur 2. Hypothek, sehr sicher, auf Geschäfts-
haus gesucht. Offerten unter **500 M** an
die Exped. d. Bl. erbeten.

Gutsverkauf.
Gauerngut von 30 Morgen mit kompl.
Lebend- und toten Inventar bei 9-10000
Mark Anzahlung übergeben sofort.

3000 Mark
zum 1. Februar resp. 1. April auf Acker
gesucht. Näheres in
Menzels Restaurant.

15000 Mk.
gegen sichere Hypothek auf ein blesiges
Grundstück gesucht. Zu erfragen in der
Exped. d. Bl.

Weiche Streue.
Bahrabfälle an Strengwaren gibt billigst
an **G. Dorfmann, Gledisenstr. 20.**
2 gut bewährte eigene

Züllöfen
billig zu verkaufen **Friedrichstraße 7.**

1 kleines Sofa, 1 Tisch,
1 kleine Kommode u. versch. Stühle
zu verkaufen **Häckerstraße 1**
Ein Paar Küferischeine
haben zum Verkauf **Krautz 6.**

Eiserne Kassetten
zu kaufen gesucht. Angebote unter **K O**
an die Exped. d. Bl. erbeten.

Kaufe ganze Nachlässe,
getraene Kleidungsstücke, Feder-
betten, Möbel, Wäsche, Schuhe, Stiesel
und dergleichen mehr.
H. Apelt, Delarube 7

Gesang-Verein
„Melodia“.
Sonntag den 14. Februar von abends
6 Uhr ab in den Räumen des „Tivoli“
großer
Maskenball.
Zurückführung kommt:
Ein Märchen aus Tausend und eine Nacht
oder:
Ein Fest beim Kalifen von Bagdad.
Wir machen auf die **prächtigsten Aufführungen**
sowie die **grossartige Dekoration** ganz besonders
aufmerksam.
Karten a Stück 1.00 Mk. sind zu haben in den Verkaufsstellen der Herren:
C. Frenkel, Gotthardstraße, Müller, Wartburg, R. Wittenbecher
am Neumarkt, **C. Schmidt, Unteraltersburg, C. Meyer, Goldene Kugel**
u. Göpfe, Neumarkt 22, C. Walter, Weißensefer 37 und im „Tivoli“. An
der Abendkasse a Stück 1.25 Mk.
Dazu ladet freundlichst ein
Der Vorstand
Verantwortliche Redaktion: Druck und Verlag von **E. Köhner** in Merseburg.

Beuna
Richard Beyer & Co.
Merseburg.
Breitestrasse 14 **Telefon 391.**
Prima heizkräftige Salonbriketts.
Prompteste Lieferung frei Haus und ab
Lager jederzeit billigst

Correspondent.

Abgabepreis: Vierteljahr 6. M. halbjähr 10. M., monatlich 35 Pf., 3. M. 1.00 M., bei Zahllung durch den Besteller 1.00 M., durch den Besteller zu den Zahlungen auf d. Bank 1.20 M., monatlich 40 Pf., 3. M. 1.00 M., nach Abnahme mit Postanweisung. — Das Blatt erscheint wöchentlich, ausgenommen an Sonn- und Feiertagen; in den Wintermonaten wird es ein wenig später. — Abdruck anderer Originalmitteilungen nur mit besonderer Genehmigung. — Für Rückgabe unangelegener Umschläge keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen: 4-seitig, illustriertes Sonntagsblatt mit 14 färbiger Modebeilage. 4-seitig, landwirtsch. u. Handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis: für die erste Beilage oder deren Raum f. Erste u. Dritte Merseburger 10 Pf., anderwärts 15 Pf., zweite Beilage 25 Pf., Restanzen 30 Pf. Bei vollständigen Satz entsprechende Entlohnung. Wiederholte Beilagen nach Uebereinkunft. Die Anzeigen sind zu begeben und Offertenannahme letzterer dreiwöchentlich. — Abdruck anderer Originalmitteilungen nur mit besonderer Genehmigung. — Für Rückgabe unangelegener Umschläge keine Verantwortlichkeit.

Nr. 23.

Donnerstag den 28. Januar 1909.

35. Jahrg.

Der Bierhustig der Wahlrechtsgegner.

Mit der winigen Mehrheit von drei Stimmen — 168 gegen 165 — wurde am Dienstag im preussischen Abgeordnetenhaus der Teil des nationalliberalen Antrages abgelehnt, der das direkte Wahlverfahren in das Wahlrecht zu diesem Hause eingeführt sehen wollte. Mit etwa derselben zweifelhafte Mehrheit wurde dann auch die geheime Stimmabgabe abgelehnt. Feiner war von feiner Seite namentlich die Abstimmung beantragt worden, so daß es sich nun nicht kontrollieren läßt, ob und in welchem Umfange Nationalliberale und Zentrumskräfte gegen das geheime Wahlverfahren und gegen die direkte Wahl gestimmt haben. Alle anderen Anträge wurden mit größerer Mehrheit abgelehnt.

In einem Haare hing es und es wäre selbst in diesem Dreiklassen-Parlament eine Mehrheit erzielt worden wenigstens für eine Reform auf zwei wichtigen Gebieten des Wahlrechts. Eine Zufallsmehrheit hat es anders gefügt. Aber der moralische Erfolg blieb doch auf Seiten der entscheidenden Mehrheit, die durch ihr unermüdliches Votum es immerhin erreicht hat, daß für die Gemeinheit der Wahl nunmehr das Gros der Nationalliberalen eintrat, die im vorigen Jahre noch völlig in sich uneins waren. Die Wahlrechtsidee marschiert, und an unseren Freunden im Parlament und im Lande ist es, weiter zu arbeiten und nicht zu ermüden in dem schweren Kampfe. Die jüngerer Regierung muß fühlen, daß im Volke ein unerschütterliches Verlangen nach Wahlreform besteht. Dann wird sie weiter gedrängt werden — zum Schmerze der Konservativen, die ihr den Gehbartsfuß hindern.

Die Abgeordneten Dr. Wiener und Hoff hatten dabei noch Gelegenheit, in großen, trefflichen Reden das feste Verharren der freimüthigen Fraktionsgemeinschaft auf der vollen Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen zu kennzeichnen. Und mit Recht machte Wiener die kühnste Haltung, die die freimüthigen Parteien dem Schicksal des neuerdings durch die Konservativen bedrohten Votums gegenüber einnehmen.

Zur Zivilprozessnovelle

Schreibt man uns von richtigerer Seite: Die Justizkommission des Reichstages hat bei der Beratung der Zivilprozessnovelle die Beschlußfassung über die Erhöhung der Zuständigkeit bei den Amtsgerichten noch hinausgeschoben. Es erscheint deshalb am Platze, noch auf folgendes hinzuweisen:

Die Anhänger der Erhöhung begründen diese damit, daß sie im Interesse der ländlichen Bevölkerung liege, weil sie zur Bequemlichkeit und Bequemlichkeit diene. Denn in Folge der Zuständigkeitserhöhung würden mehr Anwälte aufs Land an die Amtsgerichte ziehen. Außerdem würden mehr Amtsrichter erforderlich sein. Wer mit ländlichen Verhältnissen vertraut ist, muß diese Folgerungen für durchaus falsch halten, und zwar nach der Begründung des Entwurfs schon selbst. Nach diesem hatten in Preußen im Jahre 1905 die Landgerichte 300 000 Prozesse, wovon 50 % wegfallen sollen, also etwa 150 000, von denen auf die 1100 preussischen Amtsgerichte bei gleichmäßiger Verteilung etwa 150 neue Prozesse kommen würden. Tatsächlich ist aber die Verteilung auf dem Lande nicht gleichmäßig, da die meisten Sachen auf die industriellen Amtsgerichte entfallen, sodas auf das Land in einem großen Teil Preußens nur etwa einige Dutzend Sachen mehr entfallen dürften. Wie soll davon ein Anwalt leben können? Wie sollen, abgesehen von den großen Amtsgerichten, die durch die freizuwendenden Landrichter besetzt werden, neue Amtsrichter erforderlich sein, zumal da jetzt schon zum großen Teil die Prozesse von den unentgeltlich beschäftigten Assessoren wahrgenommen werden? Es müßten vielmehr in Zukunft die Landgerichtsanwälte mehr reizen, und somit werden die Sachen teurer statt billiger werden, solange die Reisefkosten so hoch sind.

Dem nur die Reisefkosten, nicht die Gebühren verteilen auf dem Land die Prozesse. Die Vermehrung der Zahl ländlicher Richter würde auch den Sparjam-fehstenden widersprechen. Was auch die von den Anwälten nicht auf jeden Fall bekämpfte Zuständigkeitserhöhung unter gewissen Voraussetzungen diskutierbar sein, so muß man sie im Interesse der Abwendung einer Verschlechterung der Rechtspflege auf jeden Fall für unannehmbar halten, wenn nicht gleichzeitig als Ersatz für die bisherige Oberlandesgerichtsinstanz, wie in Straßburg, stets ein Rechtsmittel geschaffen wird, die Revision.

Von preussischen Landgerichten, deren Bestand durch die Zuständigkeitserhöhung erheblich betroffen werden würde, kommen folgende in Betracht: Limburg, Stade, Rudolfskath, Neumünster, Marlburg, Greifswald, Güneburg, Danau, Romig, Luz, Osnaburg.

Zur Charakterisierung der „Demokratischen Vereinigung“

Schreibt die „Abg. Corresp.“: Als die demokratische Vereinigung sich bildete, durfte man annehmen, daß diese neue politische Gruppe die Kreise derjenigen Partei, aus der sie hervorgegangen war, der freimüthigen Vereinigung, nicht lösen, sondern sich ihren Kampfplatz anderswo suchen würde. Diese Erwartung wurde wohl zuvorfälligstig geheut, als die Bande persönlicher Beziehungen zwischen den führenden Männern beider Parteien aufrecht erhalten blieben. Leider ist die demokratische Vereinigung in ihrem Drang nach Betätigung dazu übergegangen, auch auf dem Gebiete der freimüthigen Vereinigung, so beispielsweise in dem Wahlkreise des Abg. Schrader, agitatorisch vorzugehen und in Versammlungen ihre Propaganda zu betreiben, in denen die freimüthige Vereinigung politisch im Sinne des entschiedenen Liberalismus zu wirken bestrebt ist.

Wir haben bisher stets gelaubt, dem Allgemeinliberalismus am besten zu dienen, wenn wir die Herren der demokratischen Vereinigung in ihrer Art, die politischen Dinge zu sehen und zu betreiben, möglichst unter sich lassen und uns um des Liberalismus willen ihnen gegenüber durchaus abwartend verhielten. Der Verlauf der am 25. d. stattgehabten Wahlerversammlung in Wilmersdorf, die zwar von den beiden freimüthigen Parteien und dem Wahlrechtsausschuß einberufen war, die sich aber doch dadurch, daß der freimüthigen Vereinigung angehörende Landtagsabgeordnete Waldstein in sprach, als eine Veranstaltung besonders auch der Vereinigung charakterisierte, zwingt uns jedoch, etwas aus der Reserve herauszutreten. Es spielten sich hier infolge der Unwissenheit und des skandalösen Auftretens von Herren der Demokratischen Vereinigung so wilde und unwürdige Szenen ab, daß Abg. Waldstein, dessen geistvolles und entschieden liberales Referat nicht zu den leibhaftig sachlichen Verhandlungen Veranlassung gegeben hatte, leider nur zu sehr Recht hatte, wenn er sagte, diese ihm ungewohnten Szenen erfüllten ihn mit tiefem Schmerz und hier paare sich politische Unreife mit politischer Sittenlosigkeit. Schließlich nahm die Versammlung, in der sich die Demokraten die Mehrheit zu sichern gewußt hatten, eine Resolution an, die in ihrer lächerlichen Torheit selbst den Führern der Demokratischen Vereinigung sehr unbecom sein dürfte, die überhaupt mit dem Zauberspruch die Worte setzen werden: die Geister, die ich rief, werde ich nicht wieder los!

Die lärmstüchtigen Elemente, die in dieser Versammlung den freimüthigen Politikern in der brutalsten Weise alle Ehrlichkeit und Anständigkeit abspachen, denselben Männern, mit denen sie zum Teil noch vor einem Jahre zusammen in derselben Partei saßen, sind nicht dazu geschaffen, eine Regeneration des Liberalismus herbeizuführen. Sie verbittern und hegen Feindschaft, und ihre Wirksamkeit kann nur dazu dienen, das politische Leben in der gewissensvollsten Weise zu vergiften oder aber — es völlig zu erstören. Es ist ersten Männern nicht zugunommen, Versammlungen zu besuchen, wenn sie gewärtig sein müssen, dort solche

Szenen, wie sie sich gestern abspielten, zu erleben. Dem Wahlrechtskampfe im speziellen fügt der die schlimmsten Wunden zu, der auch die christlichen Gegner des Dreiklassen-Systems hinsichtlich der Aufrichtigkeit ihrer Forderungen verächtlich und beschimpft. Den Augen hat die Reaktion, die sich ob der Selbstverleumdung der linksstehenden Elemente des Volkes ins Fäulnis lacht.

Die Balkankrise

hat sich außer den neuen zwischen Österreich-Ungarn und der Türkei entstandenen Schwierigkeiten auch durch das unerwartete militärische Vorgehen Bulgariens verschärft. In Konstantinopel hat die Nachricht von der Mobilmachung der 8. bulgarischen Division in Diplomatenskreisen übermäßig und Besorgnisse erregt. Von einer besonderen militärischen Vorbereitung türkischer oder irgend welchen türkischer Sonderabteilungen auf strategisch wichtige Punkte des bulgarischen Gebiets ist dort in diplomatischen Kreisen nichts bekannt. Allerdings herrscht seit einigen Monaten in 2. Vorposten unter seinem Kommandanten Kasim Pascha keine Tätigkeit. Auch ist der Kommandant des 4. Korps, Abdullah Pascha, vor zwei Tagen mit einem Auftrage nach Adrianopel abgereist.

Durch das offiziöse türkische Blatt „Idnam“ wird betont, Bulgarien wisse die Dienste zu schätzen, welche Militärlieferanten der Politik leisten und verstärkte seine Armee vor dem Beginn neuer Verhandlungen mit der Pforte. Der Vorfall lehre die Türkei erlernen, Rüstungen mit Rüstungen zu beantworten und zweitens, in der äußeren Politik mißtrauisch zu sein, sich nicht zu zersplittern und einzig und vorbereitet zu sein.

Die türkische Kammer erledigte am Montag eine große Zahl von Anträgen, insbesondere bezüglich der Konfessionen öffentlichlicher Arbeiter unter dem alten Regime, darunter die Konfessionen für die Hafenbauten in Tripolis, für den Bau einer Straßenbahn in Brussa sowie der albanesischen Eisenbahn. Es wurde beschlossen, sämtliche Akten über die unter dem alten Regime ausgesandenen Konfessionen zur



besteht von Admiral Zardaria, nach Berlin abgereist. **Rußland.** Das Memorandum der russischen Regierung über die persische Frage beginnt nach den Mitteilungen eines russischen Blattes mit der Erklärung, der Schah und der bisherige Reichstag seien unfähig, die gegenwärtige Anarchie in Persien bezulagen. Die Anarchie bedrohe gefährlich die russischen Interessen und Persien selbst. Das veranlasse die russische Regierung, auf der Durchführung einer Reihe von Reformen in Persien